Antrag

der Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Abschiebung aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. um wie viel Uhr der elfjährige Sohn einer albanischen Familie mit Wohnsitz in Mannheim, die im Dezember 2018 nach Albanien abgeschoben wurde, aus dem Schulunterricht der sechsten Klasse an der Johannes-Kepler-Gemeinschaftsschule in Mannheim abgeholt wurde;
2. um wie viel Uhr die sechsjährige Tochter dieser Familie aus dem Kinderhaus St. Michael in der Neckarstadt-West in Mannheim abgeholt wurde;
3. wo und zu welcher Uhrzeit die Familie zusammengeführt wurde;
4. wie lange sich die Familie insgesamt im polizeilichen Gewahrsam befand;
5. wann die Familienmitglieder an den Flughafen verbracht wurden;
6. wann die geplante und tatsächliche Abflugzeit des Flugzeugs war, mit dem die Abschiebung erfolgte;
7. wie lange (unter Angabe der genauen Zeit in Stunden) Personen vor einer Abschiebung in polizeilichen Gewahrsam genommen werden können;
8. ob es an diesem Tag bzw. in der gegenständlichen Woche weitere Flüge nach Albanien gegeben hat und wenn ja, wann;
9. wie viele Abschiebungen es 2017 und 2018 aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg gegeben hat;

10. wie Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf Abschiebungen aus Kitas und Schulen vorbereitet werden;
11. ob sie einen Erlass bzw. eine Regelung plant, die vorsieht, dass aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg nicht mehr abgeschoben werden darf;
12. wenn nein, warum nicht;
13. inwiefern sie es als verhältnismäßig ansieht, aus Kitas und Schulen abzuschieben.

24. 01. 2019

Dr. Weirauch, Binder, Dr. Fulst-Blei, Hinderer, Wölflé SPD

Begründung

Der Fall der Abschiebung einer albanischen Familie aus Mannheim hat im Dezember 2018 für Entsetzen gesorgt. Die sechsjährige Tochter der Familie wurde aus einem Kinderhaus von der Polizei abgeholt, ihr elfjähriger Bruder aus der Schule. Der Innenminister führt hierfür organisatorische Gründe an (Abflugzeit des Flugzeugs) und verweist auf den zeitlich nur begrenzt möglichen polizeilichen Gewahrsam vor einer Abschiebung. Der Antrag soll die Hintergründe beleuchten und die Aussagen des Innenministers überprüfen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. Februar 2019 Nr. 4-0141.5/16/5586/3 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. um wie viel Uhr der elfjährige Sohn einer albanischen Familie mit Wohnsitz in Mannheim, die im Dezember 2018 nach Albanien abgeschoben wurde, aus dem Schulunterricht der sechsten Klasse an der Johannes-Kepler-Gemeinschaftsschule in Mannheim abgeholt wurde;*
- 2. um wie viel Uhr die sechsjährige Tochter dieser Familie aus dem Kinderhaus St. Michael in der Neckarstadt-West in Mannheim abgeholt wurde;*
- 3. wo und zu welcher Uhrzeit die Familie zusammengeführt wurde;*
- 4. wie lange sich die Familie insgesamt im polizeilichen Gewahrsam befand;*
- 5. wann die Familienmitglieder an den Flughafen verbracht wurden;*

Zu 1. bis 5.:

Die Fragen 1. bis 5. stehen im Sachzusammenhang und werden deshalb zusammenhängend beantwortet.

Am Montag, 10. Dezember 2018, gegen 10:50 Uhr wurde der Sohn der betreffenden Familie in der Johannes-Kepler-Gemeinschaftsschule in Mannheim von der

Klassenlehrerin aus dem Klassenzimmer geholt und an die vor dem Klassenzimmer wartenden Polizeibeamten übergeben. Von dort wurde er von der Polizei zum Sammelpunkt in die Industriestraße in Mannheim gebracht und gegen 11:10 Uhr an die Einsatzkräfte des dort wartenden Transportbusses übergeben.

Gegen 11:00 Uhr wurde die Tochter im Kinderhaus abgeholt und gegen 11:20 Uhr dem wartenden Vater in der Wohnung in der Mittelstr. 10 in Mannheim übergeben. Das Kind wurde durch einen Betreuer des Kinderhauses begleitet. Anschließend wurde die Familie ebenfalls in die nahe gelegene Industriestraße gebracht. Im Ergebnis war die gesamte Familie gegen 11:30 Uhr in der Industriestraße in Mannheim zusammengeführt.

Der Transport der Familie zum Flughafen startete kurz nach 11:30 Uhr. Um 14:15 Uhr wurde sie am Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden an die Beamtinnen und Beamten der Abschiebegruppe Rastatt bzw. des Regierungspräsidiums Karlsruhe überstellt.

Die Freiheitsbeschränkung dauerte vom ersten Antreffen bis zur Übergabe an die Kräfte der Landespolizei am Flughafen insgesamt ca. 4,25 Stunden. Daran anschließend erfolgte der Check-in und das Boarding unter Aufsicht der Landespolizei, sodass sich die Zeitdauer um ca. weitere 90 Minuten verlängerte.

6. wann die geplante und tatsächliche Abflugzeit des Flugzeugs war, mit dem die Abschiebung erfolgte;

Zu 6.:

Die Abschiebung war am 10. Dezember 2018 mittels Sammelcharter ab Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden mit Abflugzeit 15:30 Uhr geplant. Tatsächliche Abflugzeit war 15:48 Uhr.

7. wie lange (unter Angabe der genauen Zeit in Stunden) Personen vor einer Abschiebung in polizeilichen Gewahrsam genommen werden können;

Zu 7.:

Die Abschiebung eines Ausländers ist eine Maßnahme des unmittelbaren Zwangs. Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs sind trotz des mit ihnen verbundenen Eingriffs in die körperliche Bewegungsfreiheit grundsätzlich keine Freiheitsentziehungen und stellen mithin auch keinen Fall des Polizeigewahrsams dar. Dies gilt auch für die Abschiebung, mit der die im konkreten Fall bestehende Pflicht eines Ausländers, das Bundesgebiet zu verlassen, zwangsweise durchgesetzt wird. Die zeitliche Dauer einer zulässigen Freiheitsbeschränkung lässt sich nicht pauschal bemessen, sondern ist von den jeweiligen Umständen des Einzelfalls abhängig. Entscheidend ist, dass sich die Rüst- bzw. Wartezeiten im üblichen Rahmen bewegen und bei einer Gesamtschau noch von einer kontinuierlichen Ausreise gesprochen werden kann. Der zeitliche Rahmen orientiert sich dabei in aller Regel an den Rüst- und Wartezeiten, die von einem normalen Fluggast eingeplant werden würden. Bei einer Abholung bereits in der Nacht oder am frühen Morgen wäre diese Grenze im vorliegenden Fall schon überschritten worden.

8. ob es an diesem Tag bzw. in der gegenständlichen Woche weitere Flüge nach Albanien gegeben hat und wenn ja, wann;

Zu 8.:

An dem Tag bzw. in der gegenständlichen Woche gab es Linienflüge zwischen 9:25 Uhr und 10:05 Uhr ab Flughafen Frankfurt. Allerdings muss bei Rückführungen über diese Linienflüge unter Berücksichtigung der Rüst- und Wartezeiten der Polizei die Abholung mitten in der Nacht bzw. in den sehr frühen Morgenstunden (zwischen 3:00 Uhr und 4:00 Uhr) erfolgen. Rückführungen nach Albanien finden in Baden-Württemberg allerdings regelmäßig im Rahmen von Sammelchartermaßnahmen statt. Nur in Ausnahmefällen (z. B. dringende Abschiebehaftefälle) werden Personen über Linienflüge abgeschoben.

9. wie viele Abschiebungen es 2017 und 2018 aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg gegeben hat;

Zu 9.:

Die Anzahl der Abschiebungen aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg wird statistisch nicht erfasst. Nur im seltenen Ausnahmefall erfolgt eine Abholung aus einer Schule, z. B. zur Vermeidung einer getrennten Abschiebung von einzelnen Familienmitgliedern, wie im vorliegenden Fall, oder bei Erwachsenen in Berufs- und weiter bildenden Schulen.

10. wie Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf Abschiebungen aus Kitas und Schulen vorbereitet werden;

Zu 10.:

Da Abschiebungen aus Schulen einen seltenen Ausnahmefall darstellen, werden Lehrkräfte nicht besonders auf Abschiebungen vorbereitet. Sofern Lehrkräfte mit für sie belastenden Situationen in Berührung kommen, können sie sich an die Schulpsychologischen Beratungsstellen wenden. Daneben existieren schulinterne Unterstützungsangebote, wie z. B. die Schulseelsorge oder Beratungslehrkräfte. Ob vergleichbare Angebote für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen angeboten werden, entscheiden die jeweiligen Träger.

Die spezifische Thematik Abschiebungen aus Kitas und Schulen ist wegen des Ausnahmecharakters nicht unmittelbar Gegenstand der Lehrpläne in der Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst. Es gibt jedoch Themen mit mittelbarem Bezug, wie zum Beispiel der Umgang mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern oder Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Jugendlichen oder dem Thema Interkulturelle Kompetenz. Im situativen Handlungstraining wird das theoretisch Erlernete in Rollentrainings praktisch trainiert. Zusätzlich werden im Bachelorstudium die Studierenden auf verschiedene Arten auf Konflikt- und Krisensituationen vorbereitet. Hierzu werden unterschiedliche kritische Situationen, wie zum Beispiel bei Festnahmen, Abschiebungen oder Spontandemonstrationen, in direkter Orientierung an den Praxiserfahrungen der Studierenden thematisiert.

Die Thematik wird grundlegend im Fortbildungsangebot „Ausländerrecht und Asylverfahren – Grundlagen“ aufgegriffen, ohne jedoch zwischen spezifischen Örtlichkeiten wie Kindertagesstätten, Schulen, Firmen oder Hotels zu differenzieren.

11. ob sie einen Erlass bzw. eine Regelung plant, die vorsieht, dass aus Kitas und Schulen in Baden-Württemberg nicht mehr abgeschoben werden darf;

12. wenn nein, warum nicht;

13. inwiefern sie es als verhältnismäßig ansieht, aus Kitas und Schulen abzuschieben.

Zu 11. bis 13.:

Die Fragen 11. bis 13. stehen im Sachzusammenhang und werden deshalb zusammenhängend beantwortet.

Eine entsprechende Regelung ist nicht angedacht. In aller Regel wird versucht, die Abschiebung aus Schulen und Kindergärten zu vermeiden. Dies wird auch daran deutlich, dass Abschiebungen aus Schulen oder Kindergärten ein seltener Ausnahmefall sind.

Gleichwohl kann es keinen generellen Verzicht auf Abschiebungen aus Schulen oder Kindergärten geben. Die Behörden des Landes sind verpflichtet, eine vollziehbare Ausreisepflicht durchzusetzen. Es lässt sich nicht generell und in jedem Einzelfall vermeiden, dass – bedingt durch die Abflugzeiten und unter Berücksichtigung der Rüst- und Wartezeiten – die Abholung während der Unterrichts- bzw.

der Betreuungszeit erfolgt. Dies liegt auch daran, dass die vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer freiheitsbeschränkende Maßnahmen nur so lange erdulden müssen, wie dies für die Vollstreckung unbedingt erforderlich ist (vgl. hierzu die Antwort zu Frage 7.). Auch aus diesem Grund setzt sich das Innenministerium für die Schaffung eines Kurzzeitgewahrsams im Vorfeld einer geplanten Abschiebung ein. Erweiterte Möglichkeiten für Ingewahrsamnahmen führen zu einer erheblichen zeitlichen Entzerrung der Abläufe. Die Abholung der Ausreisepflichtigen durch die Polizei kann besser vorbereitet werden und muss nicht zwingend zu bestimmten Zeiten, z. B. Nachtzeiten, erfolgen, was sowohl für die Betroffenen als auch für die Einsatzkräfte mit weniger Belastung verbunden ist.

Die Abholung aus Schulen oder Kindergärten wurde bislang gerichtlich nicht beanstandet. Dies gilt umso mehr, als den Eltern eine Frist zur freiwilligen Ausreise gesetzt und Angebote zur Förderung der freiwilligen Ausreise unterbreitet werden. Die Abschiebung stellt mithin das letzte Glied in einer Kette eines rechtstaatlichen Verfahrens dar und kommt nur zur Anwendung, wenn die vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer ihrer Pflicht zur Ausreise nicht selbst nachkommen.

Hinzu kommt, dass ein Abschiebeverbot aus Schulen im Einzelfall dazu führen könnte, dass Familien getrennt in ihre Heimatländer abgeschoben werden müssten.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration